

Zwischen mangelnder
Empathie und dem
Selbstbewusstsein einer
werdenden Supermacht

Chinas Erwartungen an Olympia

Stefan Friedrich

Der Jubel war grenzenlos. Als Antonio Samaranch, der damalige Vorsitzende des IOC, am 13. Juli 2001 die Entscheidung für Peking als Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 2008 bekanntgab, feierten in ganz China die Menschen ausgelassen diesen internationalen Sieg. Dass dieses Ergebnis bereits nach dem zweiten Wahlgang feststand, machte das Glück perfekt. China hatte fest damit gerechnet. Eine zweite Niederlage nach der von 1993, als die Millenniumsspiele sehr knapp (mit nur zwei Stimmen Mehrheit) in der letzten und entscheidenden Runde an Sydney fielen, hätten die Chinesen nur schwerlich verkraftet. Sie hätten dafür sicherlich Kräfte verantwortlich gemacht, die Chinas Aufstieg verhindern wollten.

Bei der Bewerbung um die Ausrichtung der Spiele ging es China von Anfang an auch um eine internationale Bestätigung des Aufstieges der Volksrepublik von einem armen zu einem prosperierenden Entwicklungsland mit Ambitionen auf mehr. Aus heutiger Sicht scheint es allerdings, dass die Erwartungen, die vonseiten Chinas mit den Olympischen Spielen verbunden wurden, sehr eindimensional optimistisch ausfielen. Peking rechnete augenscheinlich nicht damit, dass von außen auch teilweise massive Kritik am Austragungsland der Spiele geäußert würde. Hier zeigt sich ein deutlicher Mangel an Empathie aufseiten Chinas, der viel mit dem Selbstverständnis der Chinesen zu tun hat und der auch insgesamt seinen Niederschlag in der Ent-

wicklung der Außenbeziehungen dieser großen Kulturnation und werdenden Supermacht findet. Dies soll im Folgenden etwas genauer betrachtet werden.

„Eine Welt, ein Traum“

China hat die Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking unter das Motto „Eine Welt, ein Traum“ gestellt und sich damit zunächst einmal selbst einen Traum erfüllt. Denn die Ausrichtung der Olympischen Spiele wurde fast wie selbstverständlich in die lange Liste der Etappenziele eingefügt, die auf Chinas Weg zurück an die Weltspitze – zurück zum Zentrum der Welt, zum wahren „Reich der Mitte“ – lagen. Die Niederlage im sogenannten Opiumkrieg 1840 ließ die einst führende Wirtschafts- und Kulturnation der Welt in eine Art halbkolonialen Zustand hinabsinken, eine Schmach, von der sich China nur sehr langsam erholte. So war es kein Zufall, dass der Gründer des neuen China, Mao Tse-tung (1893 bis 1976), bei Ausrufung der Volksrepublik 1949 mit dem Satz zitiert wird: „Das chinesische Volk hat sich erhoben.“ Viele der Kampagnen, die noch unter Mao durchgeführt wurden, hatten vor allem das Ziel, dem Westen und der Welt zu zeigen, wozu China fähig ist. Während der Mao-Zeit waren die Erfolge Chinas auf dem internationalen Parkett jedoch vor allem rhetorischer Natur. Erst mit Beginn der Reformen unter Deng Xiaoping (1904 bis 1997) konnte sich China auch wirtschaftlich nachhaltig entwickeln und hat bis heute in vielen Kategorien (Export, Handel, ADI et al.) einen Spit-

zenplatz in der Welt erreicht. Deng hat China in vielerlei Hinsicht der Welt geöffnet. Es ist von daher auch kein Zufall, dass der Beitritt der VR China zum IOC ins Jahr 1979 fällt, das Aufbruchsjahr der Reformpolitik. Deng Xiaoping und seine Berater werden in der Folgezeit sehr genau studiert haben, wie die beiden damaligen Supermächte Sowjetunion und USA die Olympischen Spiele von 1980 und 1984 – trotz der gegenseitigen Boykotte – zur Demonstration der eigenen Stärke genutzt haben. Vor diesem Hintergrund war es nur konsequent, dass sich die chinesische Führung bereits gut ein Jahrzehnt nach Beginn der Reformpolitik erstmals um die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele bewarb. Allerdings stand diese Bewerbung (1993) noch sehr stark unter dem Eindruck der Niederschlagung der studentischen Protestbewegung vom Frühjahr 1989 – ein Ereignis, welches der China-Euphorie der 1980er-Jahre im Westen insgesamt einen herben Rückschlag zufügte. Von daher gab es insbesondere im Westen enorme Widerstände gegen Pekings Bewerbung. Acht Jahre später nahm China einen erneuten, diesmal erfolgreichen Anlauf.

Kritik anstelle Anerkennung

Die Chinesen sind sehr kompetitiv. Von Anfang an war es ihr erklärtes Ziel – ganz nach dem olympischen Motto: Höher, schneller, weiter –, die größten, schönsten und tollsten Olympischen Spiele der Neuzeit zu präsentieren. Diese Olympischen Spiele sollten Maßstäbe setzen und demonstrieren, dass sich China als Teil der Weltgemeinschaft betrachtet. Man sollte dies deshalb auch keineswegs bloß als den Versuch einer gigantischen Propaganda-veranstaltung abtun; hier ist der Wunsch der chinesischen Initiatoren nach Integration Chinas in die Welt mindestens genauso wichtig.

Vor diesem Hintergrund fällt es Chinesen – der Führung wie auch dem Groß-

teil der chinesischen Bevölkerung – sehr schwer zu akzeptieren, dass aus dem Westen dennoch immer wieder Kritik an China geübt wird. Gerade aufgrund des enormen Einsatzes an Energie und auch an Ressourcen, den China betreibt – aktuelle Zahlen besagen, dass China mehr als 35 Milliarden US-Dollar für die Olympischen Spiele investiert –, erwarten viele Chinesen eher Dankbarkeit. Diese Erwartungshaltung geht sogar so weit, dass sich die chinesische Führung scheinbar auf manche Aktionen von Menschenrechtsaktivisten einfach nicht vorbereitet hatte. Das zeigte sich schon im vergangenen Jahr, als China genau zwölf Monate vor Beginn der Spiele, am 8. August 2007, mit einer riesigen Eröffnungsshow, die mancher Olympia-Eröffnung zur Ehre gereicht hätte, den Countdown für 2008 einleitete. Dass sich gleichzeitig in Peking auch Menschenrechtsaktivisten auf den Tian'anmen-Platz begaben und in Peking Pressekonferenzen abhielten, um auf Menschenrechtsverletzungen Chinas aufmerksam zu machen, scheint jenseits der Vorstellungskraft gewesen zu sein. Entweder hat die Führung aufgrund der eigenen Euphorie über die Ausrichtung der Spiele gar nicht damit gerechnet, dass es zu solchen Protesten kommen könnte, oder man hat sie zumindest weit unterschätzt und war von der Kreativität und dem hohen Organisationsgrad der Aktivisten überrascht. Auf jeden Fall hatte man im Vorfeld keine proaktive, konstruktiv einbindende Strategie – jenseits der bloßen Unterdrückung von Dissens – entwickelt. Hier rächt sich, dass es auch im normalen chinesischen Alltag kaum Ventile gibt, um mit öffentlicher Kritik umzugehen, und Kritik häufig nicht als Chance auf Verbesserung der Situation, sondern als pauschale Zurückweisung angesehen wird.

Das Fehlen einer Strategie einerseits und die krasse Fehleinschätzung der internationalen öffentlichen Meinung an-

dererseits führten dann im März 2008 zu dem vielleicht größten Kommunikations-GAU in der jüngeren chinesischen Geschichte.

Spießruten- statt Fackellauf

Wie alle Länder nach dem Zweiten Weltkrieg haben auch die Chinesen die Tradition des Olympischen Fackellaufes aufgenommen, jedoch im Zuge der Bemühungen, ein Sportfest der Superlative zu organisieren, diesen Fackellauf mit 137 000 Kilometern zum längsten der Olympiageschichte gemacht. Unter dem Motto „Entfache die Leidenschaft, teile den Traum“ startete die Fackel im April zur „Reise der Harmonie“ über fünf Kontinente, durch zwanzig Länder und durch alle chinesischen Provinzen.

Noch vor Beginn dieses Fackellaufes kam es allerdings am 14. März 2008 in Tibet zu massiven Protesten von Tibetern in Lhasa und in der Folge auch in anderen Städten Chinas. Unabhängig davon, wer für die Ausschreitungen verantwortlich war, hatte die Härte des Durchgreifens der chinesischen Sicherheitskräfte zur Folge, dass sich die Regierung der Volksrepublik erneut starker internationaler Kritik ausgesetzt sah. Dass China darauf mit dem Vorwurf reagierte, dass es sich bei der Berichterstattung um eine westliche Medienkampagne gegen China handele und vor allem auf Unkenntnis beruhe, hat die Fronten auf beiden Seiten noch verhärtet. Von diesen Entwicklungen war auch der Fackellauf massiv beeinträchtigt. Aus der Reise der Harmonie wurde ein Spießrutenlauf insbesondere auf den Stationen London, Paris und San Francisco, den sich die chinesischen Veranstalter so nicht vorgestellt hatten. Auch in dieser Phase reagierte die chinesische Führung noch eher im traditionellen Sinne. So ließ sie Demonstrationen gegen diejenigen Staaten zu, in denen der Fackellauf so rüde gestört werden konnte. Insbesondere Frankreich, das sich beim

Besuch des neuen Präsidenten Nicolas Sarkozy im November 2007 im Nachgang zum Empfang des Dalai-Lama durch die Kanzlerin als treuer Freund Chinas zu positionieren suchte, wurde besonders attackiert. Boykottaufrufe gegen französische Produkte und einzelne Blockaden französischer Geschäfte zielten auf eine öffentliche Bestrafung Frankreichs ab.

Mehr als Propaganda

Die chinesische Führung konnte (und wollte) allem Anschein nach nicht verstehen, dass die erhöhte Aufmerksamkeit für China im Zuge der Olympischen Spiele in Peking eben nicht nur positive Reaktionen in der Welt hervorruft, sondern auch die Schattenseiten des Entwicklungsprozesses in den Blick rückt. Jedoch war die eigene Gewissheit, im Sinne der Stabilität im Lande das Richtige getan zu haben, so stark, dass dadurch augenscheinlich der Blick verstellt war für eine realistische Analyse der Sprengkraft, die dieser Umgang mit einer Minderheit im eigenen Land auf das Ansehen im Ausland haben kann.

In der deutschen Diskussion wird der Fackellauf häufig auf seine Funktion als Propagandainstrument der chinesischen Führung reduziert. Dies wird der Sache jedoch nicht notwendigerweise gerecht. Denn hier spielt nicht zuletzt Chinas Bestreben eine Rolle, in jeder Hinsicht Spiele der Superlative zu organisieren. Mit dem Fackellauf wollte man eine Unterstützung erreichen, die so breit wie möglich angelegt war. Darin sollten nicht nur alle Kontinente mit eingeschlossen werden, sondern auch alle Gebiete innerhalb Chinas – einschließlich autonomer Gebiete wie Tibet und Xinjiang. Aus chinesischer Perspektive ist dies alles durchaus plausibel und nachvollziehbar. Jedoch hat die chinesische Führung auch hier die eigene Euphorie mit den Wahrnehmungen der Betroffenen – sei es der Bürger in Westeuropa und den USA, sei es der Landsleu-

te in Tibet und Xinjiang – gleichgesetzt. Dass es von dieser Seite aus zu Kritik kommen könnte, wurde nicht erwartet – oder zumindest ging man davon aus, dass man damit zurechtkommen würde. Einen Kommunikations-GAU wie beim Fackellauf hatte man nicht erwartet. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie es zu erklären ist, dass eine Führung, die auf die klügsten Köpfe eines Milliardenvolkes zurückgreifen kann – und dies in vielen Bereichen (Wirtschaft, Wissenschaft et cetera) auch sehr erfolgreich tut –, sich in diesen Fragen derart verschätzen kann.

Das „moderne Tributsystem“

Traditionell betrachtet sich China als das „Reich der Mitte“. Dies schlägt sich auch in der Selbstbezeichnung im Chinesischen nieder: *zhongguo* – *zhong* bedeutet Mitte; *guo* bezeichnet Staat oder Reich. Im Gegensatz zur europäischen Geschichte, wo die unterschiedlichen Nationen die Frage der Unterwerfung in der Vergangenheit regelmäßig in kriegerischen Auseinandersetzungen endgültig zu entscheiden suchten, war den chinesischen Kaisern die militärische Unterwerfung eines Nachbarstaates weniger wichtig als die zeremonielle Anerkennung als Reich der Mitte. Ihnen genügte es, wenn die Nachbarstaaten die Regeln des „Tributsystems“ akzeptierten, das heißt, diese Staaten mussten in rituellen Zeremonien dem chinesischen Kaiser ihren Respekt erweisen und Tributgeschenke überreichen. Wenn sie dies taten – und hier zeigt sich das Besondere des chinesischen Denkens –, konnten sie jedoch damit rechnen, dass der chinesische Kaiser sie seinerseits mit Geschenken bedachte, die um ein Vielfaches den Wert der dargebrachten Tributgeschenke überstiegen. Aus heutiger Sicht könnte man sagen, dass sich die Chinesen die Unterwerfung der Nachbarstaaten durch Großzügigkeit erkaufen. Von zentraler Bedeutung war jedoch, dass sich

diese Staaten aktiv in den chinesischen Kosmos integrierten. Auch nach dem Ende des chinesischen Kaiserreiches (1911) gab es immer wieder Versuche der jeweiligen chinesischen Führungen – von den Nationalisten unter Tschiang Kai-shek bis hin zu den Kommunisten unter Mao und Deng –, Beschreibungen für das internationale Staatensystem vorzulegen, die China zumindest eine wichtige, wenn nicht gar zentrale Rolle in der Welt zuschrieben.

Es gehört daher traditionell zum chinesischen Selbstverständnis, dass man China als natürliche Führungsmacht in der Welt betrachtet. Dabei gesteht man zwar ein, dass diese Position aufgrund der Entwicklungen im neunzehnten Jahrhundert vorübergehend verloren ging, wobei es sich dabei allerdings nur um einen historischen Fehler gehandelt habe. Letztendlich ging und geht es allen chinesischen Führungen darum, China wieder zum wahren Reich der Mitte, zum Zentrum der Welt zu machen. Die Voraussetzungen hierfür haben sich seit Beginn der Reform- und Öffnungsperiode und insbesondere mit der rasanten Wirtschaftsentwicklung in den 1990er-Jahren sehr stark verbessert. China ist mittlerweile wieder in einer Position, in der es durch wirtschaftliches Entgegenkommen auch politische Akzeptanz erzielen kann. So ist es in diesem Kontext nicht zufällig, dass sich seit Ende der 1990er-Jahre in der ASEAN (Association of South East Asian Nations) ein Paradigmenwechsel vollzogen hat. Waren die Regierungen der ASEAN-Staaten bis zur asiatischen Finanzkrise 1997/98 sehr darum besorgt, dass der Aufstieg Chinas zu ihren Lasten gehen könnte, betont man dort heute vor allem die Vorteile, die der Aufstieg Chinas auch für die wirtschaftliche Entwicklung der ASEAN-Staaten mit sich bringt. Und in der Tat profitiert die ASEAN zunehmend vom Handel mit China, was sich auch in einer positiven Handelsbilanz mit China

ausdrückt. Für China ist dies eine lohnende Investition, denn zum einen kann man es sich aufgrund der starken eigenen Handelsüberschüsse mit den USA und der EU leisten, mit den Nachbarn in Südostasien eine negative Handelsbilanz zu haben; zum anderen hat dieser Trend dazu geführt, dass vonseiten der ASEAN viel weniger Kritik an China geübt wird, als dies zuvor der Fall war. Letztlich haben wir es somit hier mit einer modernen Form des traditionellen Tributsystems zu tun.

Ähnliches könnte man auch im Falle der chinesischen Afrikapolitik unterstellen. Hier wird in der westlichen Diskussion zu Recht vor allem auf die Versuche Chinas hingewiesen, sich den Zugang zu dringend benötigten Rohstoffen zu sichern. Dennoch sollte man mit Blick auf ein im Entstehen begriffenes modernes Tributsystem durchaus in Betracht ziehen, dass es sich hierbei auch um die Ausdehnung des chinesischen Einflusses auf einen anderen Kontinent handelt. Dass dies für afrikanische Regierungen zum Teil so ungemein attraktiv ist, hängt nicht allein damit zusammen, dass die Chinesen mit ihrer Hilfe keine direkte Konditionierung – im Gegensatz zum Westen – verbinden, sondern dass sie im Gegenteil für die aktive Anerkennung einer Führungsrolle Chinas in der Welt auch bereit sind, einzelne Staaten wie beispielsweise den Sudan vor Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft in Schutz zu nehmen.

Es entspricht durchaus der chinesischen Erwartung, dass das internationale System langfristig wieder entsprechend chinesischen Spielregeln geordnet sein wird – hierzu gehören auch heute schon Versuche, die internationale Staatengemeinschaft auf chinesische Prinzipien wie die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, den Verzicht auf Kritik an bestimmten Maßnahmen der Regierung, die Übernahme von chinesischen Kon-

zepten und anderes festlegen zu wollen. Auch damit bewegt man sich letztlich tatsächlich in Richtung einer modernen Variante des früheren Tributsystems. Wichtig ist hierbei, dass die Chinesen dies nicht als ein aktiv betriebenes eigenes Vormachtstreben betrachten, sondern letztlich lediglich als eine „Rückkehr zur natürlichen Ordnung in der Welt“. Gerade vor diesem Hintergrund sind manche Aktivitäten des Westens – ohne dass dies in dieser Form intendiert wäre – aus chinesischer Sicht fundamental gegen chinesische Interessen gerichtet. Ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit ist hierbei die heftige Kritik vonseiten Chinas an der neuen Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Chinas Kritik an der Asienstrategie

Auf die am 23. Oktober 2007 verabschiedete Asienstrategie der Fraktion reagierten die chinesische Führung und die chinesischen Medien extrem empfindlich. Sicherlich hat dies auch mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung zu tun – kurze Zeit nach dem Empfang des Dalai-Lama im Bundeskanzleramt durch die Bundeskanzlerin (23. September 2007) und unmittelbar vor der ausgedehnten Reise der Bundeskanzlerin nach Indien (29. Oktober 2007). Eine weitere Erklärung liegt aber möglicherweise in der Tatsache, dass nach einem Jahrzehnt, in dem in der deutschen Politik der Aufstieg Asiens praktisch mit dem Aufstieg Chinas gleichgesetzt wurde und sich Politik und Wirtschaft fast ausschließlich um China bemühten, ein gewisses Umdenken eingesetzt hat. Dass dieses Umdenken weniger mit einer Zurückweisung Chinas als mit einem notwendigen realistischeren Blick auf die Region zu tun hat, wollte Peking – zumindest in öffentlichen Äußerungen – nicht so verstehen. Der Außenpolitische Sprecher der Union, Eckart von Klaeden (MdB), hat in seiner Präsentation der Asien-Strategie mehr-

fach deutlich darauf hingewiesen, dass es hierbei nicht um ein „Weniger an China“ und ein „Weniger an Wirtschaft“ gehe, sondern man insgesamt die Entwicklungen in Asien nicht einseitig auf diese beiden Aspekte reduzieren dürfe – der Blick müsse geweitet werden (Aufstieg Indiens, Entwicklung Asiens insgesamt et cetera). Dieses Umdenken haben im Übrigen andere Staaten – inklusive China selbst – in ihren Beziehungen zu Asien bereits vollzogen. Chinas aktive Politik gegenüber der ASEAN beispielsweise mit dem Ziel der Errichtung eines Freihandelsabkommens im Jahr 2010 oder gegenüber der zweiten Großmacht in der Region, Indien, ist eindrücklicher Beleg dafür, dass China selbst seine Beziehungen zu Asien in den vergangenen fünf bis zehn Jahren auf eine sehr viel breitere Basis gestellt hat. Dennoch, wenn man es vor dem Hintergrund einer modernen Tributpolitik sieht, ist die Verärgerung oder die Sorge Chinas durchaus nachzuvollziehen. Denn die Asienstrategie mit ihrem verbreiterten Ansatz „reduziert“ China letztlich auf ein Land – wenn auch ein extrem wichtiges Land – in Asien, wohingegen man sich zuvor auch von Deutschland – in der eigenen Wahrnehmung richtigerweise – als das Zentrum des asiatischen Aufstiegs wahrgenommen sah.

Die Lernfähigkeit der chinesischen Führung

Auf den Empfang des Dalai-Lama und die Asienstrategie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion reagierte die chinesische Führung auf traditionelle Weise mit einer Art von Abstrafung Deutschlands und der Kanzlerin. Dabei versuchte man auch, politische Differenzen zwischen den Koalitionspartnern CDU und SPD, namentlich zwischen Bundeskanzleramt und Außenministerium, für sich auszunutzen. Dies endete erst, nachdem ein Machtwort der Kanzlerin die Dissonanzen in-

nerhalb der Regierung zum Verstummen gebracht hatte. Die Probleme in der Folge der Niederschlagung der Proteste in Tibet wurden bereits angesprochen.

Ein ganz anderes China zeigte sich während einer der größten Krisen seit Gründung der Volksrepublik. Am 12. Mai 2008 bebte die Erde in Sichuan. Mittlerweile geht man davon aus, dass dabei mehr als siebzigtausend Menschen ihr Leben verloren. Ganz im Gegensatz zur Regierung von Burma, die beim Umgang mit der Flutkatastrophe Anfang Mai 2008 jegliche Transparenz und Kooperationsbereitschaft mit der internationalen Staatengemeinschaft vermissen ließ, und anders als bei früheren nationalen Krisensituationsen (letztes negatives Beispiel war der anfängliche Umgang der chinesischen Behörden mit SARS im Frühjahr 2003) reagierte die chinesische Führung mit einer für viele Beobachter erstaunlichen Offenheit. Nur Stunden nach dem Erdbeben begab sich der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao in die Unglücksregion. Die chinesischen Medien konnten ungehindert über die Ereignisse berichten, wobei sich auch die Hilflosigkeit der Führung angesichts dieser Katastrophe zeigte – eine Freiheit, die es in dieser Form in China bislang nicht gegeben hatte. Diese Offenheit hinsichtlich der Medienberichterstattung, aber auch die Offenheit, mit der China ausländische Hilfe bereitwillig entgegengenommen hat, führten zu einer gänzlich veränderten Berichterstattung in den westlichen Medien.

Diese veränderte Wahrnehmung versuchte China auch auf anderem Wege weiter zu befördern. So hat die chinesische Führung bereits vor dem Erdbeben Gespräche mit Abgesandten des Dalai-Lama zugestimmt. Wäre die Bereitschaft für solche Gespräche bereits früher signalisiert worden, hätte sich China sicherlich eine ganze Reihe von unangenehmen Erfahrungen ersparen können. Diese Ge-

spräche haben bislang zwar noch zu keiner Annäherung der beiden Seiten geführt, allerdings haben sie bereits Beruhigung an der internationalen Medienfront gebracht. Ähnlich verhält es sich derzeit mit den neuen Annäherungsbemühungen zwischen beiden Seiten der Taiwanstraße. Mit dem neuen Präsidenten auf Taiwan, Ma Ying-jeou, hat Peking den lang ersehnten moderateren Counterpart auf taiwanischer Seite; darüber hinaus ist Peking aber jüngst mit der Offerte, Verbindungsbüros auf beiden Seiten der Taiwanstraße einzurichten, über seinen Schatten gesprungen und hat damit möglicherweise eine echte Kehrtwende in den zuvor über acht Jahre lang festgefahrenen bilateralen Beziehungen eingeleitet. Es ist zwar zu hoffen, dass diese Aktivitäten nicht allein auf die Bemühungen Pekings zurückzuführen sind, vor den Olympischen Spielen an so vielen Fronten wie möglich Ruhe zu schaffen, jedoch ist festzuhalten, dass die chinesische Führung zumindest in diesen Fragen ihre Lehren aus negativen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit gezogen hat. Allerdings sind auch diese Entwicklungen nicht ungebrochen. So gibt es derzeit bereits verschiedene Meldungen aus China, dass die Freiheit der Berichterstattung über das Erdbeben zurückgenommen wurde und die Medien mittlerweile dazu angehalten sind, nur noch über positive Aspekte (wie etwa erfolgreiche Rettungsaktionen) zu berichten. Meldungen, die möglicherweise den mehrfach vorgebrachten Verdacht erhärten könnten, dass die Vielzahl von zerstörten Schulen auf Korruption beim Bau zurückzuführen sei, werden dagegen zurückgehalten beziehungsweise verboten. Auch eine andere Meldung, die jüngst in der deutschen Presse für Furore

sorgte, könnte erneut einen negativen Einfluss auf die öffentliche Meinung haben: So herrscht unter deutschen Wirtschaftsvertretern in China große Sorge, dass Berichte über die Unterbindung des freien Warenverkehrs und die angeordnete Aussetzung von Bauvorhaben bis zum Ende der Olympischen Spiele große Verluste mitsichbringen könnten. Das größte Problem hierbei sind allerdings nicht die neuen Bestimmungen an sich, sondern die Tatsache, dass es hierzu keinerlei Transparenz auf chinesischer Seite gibt. Augenblicklich ist der Eindruck unter den deutschen Firmen und bei der deutschen Botschaft in China so, dass die Bestimmungen bereits in Kraft sind, es jedoch an jeglicher Informationspolitik mangelt (vergleiche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. Juni 2008: „China unterbindet den freien Warenverkehr“, Seite 11). Hier muss die chinesische Seite doch noch erkennen, dass in demselben Maße, in dem Transparenz und umfassende Information der Öffentlichkeit Vertrauen schafft, das Gegenteil zu Verunsicherung auch bei denen führt, die China an und für sich sehr wohlgesonnen sind.

Es wäre ein gutes Ergebnis der Olympischen Spiele in China, wenn die Volksrepublik – wie von vielen bei der Vergabe erhofft – dadurch offener, selbstbewusster und auch kritikfähiger würde. Aber selbst wenige Wochen vor der Eröffnung sind die Signale aus Peking widersprüchlich. Es wäre zu hoffen, dass die Erfahrungen, die China im Vorfeld der Olympischen Spiele hat sammeln können, auch nachhaltig wirkten, damit die Weltmacht im Werden sich wirklich zu einem *responsible stakeholder* von morgen entwickeln kann – ob als Reich der Mitte oder als ein Staat unter mehreren.